

Kleine Anfrage 2033

des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Bebauungsplan „Mühlenhof“ in der Gemeinde Schönwalde – Amt Unterspreewald oder wie das Land Brandenburg, Landesbehörden die Entwicklung des ländliche Raumes be- und verhindern

Die Landesregierung, die SPD und die Linkspartei beklagen die demographische Entwicklung des ländlichen Raumes und benutzen die angebliche oder tatsächliche Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungsentleerung, des ländlichen Raumes als Begründung für ihre geplante und im Grunde schon beschlossene Kreisgebietsreform. Interessant ist, dass die Landesregierung und von ihr weisungsabhängige Landesbehörden aber die Entwicklung des ländlichen Raumes im wahrsten Sinne des Wortes mit ihrer Politik, ihren Gesetzen und Vorschriften und dem konkreten Handeln nicht nur erschweren, sondern geradezu behindern und verhindern. Eine absurde Situation. Die Landesregierung und die SPD und die Linkspartei benutzen Defizite im Land die sie selber herbeigeführt haben, um ihre unerwünschte Kreisreform zu begründen. Die Gemeinde Schönwalde, zentral im Amt Unterspreewald gelegen, ist ein Ort mit ca. 850 Einwohnern. In Ort befinden sich eine Grundschule, eine große „Amtskita“, Bäcker, Fleischer, Sparkasse, sowie weitere Gewerbebetriebe. Schönwalde liegt ca. 5 Km von Lübben im Spreewald und ca. 3 Km nördlich von Tropical Islands. Der Ort ist über eine durchgehende Landstraße, einem Bahnhof und direkter Autobahnnähe (A13) erschlossen. Vor dem Ort verläuft die B 115. Anfang 2016 fasste der Gemeinderat einen einstimmigen Gemeindevertreterbeschluss. Vor dem Ort soll eine ca. 1,3 ha große Freifläche, welche derzeit landwirtschaftlich genutzt wird, zwischen dem Ort und der Autobahn A 13, als direkter Lückenschluss zum Nachbarort Freiwalde bebaut werden. (https://umweltbeteiligung.de/brb/sites/default/files/proceedings/public-files/scan_20160511_0007.pdf)

Als Bebauung ist vorgesehen: siehe auch Quelle:
(<https://umweltbeteiligung.de/brb/sites/default/files/proceedings/public-files/doc04313220160511104455.pdf>)

„ Die Gemeinde Schönwald beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes die Siedlungsstruktur und die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung weiter zu entwickeln, welche auch als Zielfunktionen des LEP B-B im § 5 Abs.2 definiert ist. Auf der derzeit unbebauten Fläche soll ein zusammenhängender Gebäudekomplex errichtet werden, welche verschiedene Funktionen in der Gemeinde bündelt und zu einem neuen Gesellschaftszentrum mit den Siedlungsmittelpunkt Kir-

che, Schule, Amtsgebäude, KITA verschmelzen wird. Im Einzelnen soll eine historische Paltrockwindmühle mit dem Mühlenverein der Gemeinde wiederaufgebaut werden, soll die Verlagerung von (vorhandenen) Dienstleistungseinrichtungen (Lebensmitteleinzelhandel, Bäckerei, Schaubäckerei, und Schauwerkstatt, Sparkasse) erfolgen und soll die Errichtung einer Senioreneinrichtung mit altengerechtem Wohnen, mit Tagespflegeeinrichtung und Sozialstation errichtet werden.“

Die Gemeinde will mit diesem Vorhaben dringend benötigte Expansionsflächen schaffen, den Ort weiter entwickeln und mit Blick auf die demographische Entwicklung auch altersgerechtes Wohnen ermöglichen. Investoren stehen bereit. Im Rahmen der frühzeitigen Träger – und Behördenbeteiligung zum vorliegenden Vorentwurf wurde auch die gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin / Brandenburg zur Stellungnahme aufgefordert.

Diese Stellungnahme erging am 01.06.2016 und bescheinigt dem Bebauungsplan „Mühlenhof“ eine Unvereinbarkeit mit dem LEP B-B, vor allem mit Blick auf Ziel 4.5 Abs. 1 Nr. 3 des Landesentwicklungsplanes.

Die sogenannte „Gemeinsame Landesplanung“ urteilt nach: „4.6 Der LEP B-B soll räumliche Rahmenbedingungen schaffen, die für eine wachstumsstarke Wirtschaftsregion und für die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze erforderlich sind. Aus diesem Grund eröffnet der LEP B-B die notwendigen Spielräume für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen ohne eine quantitative Beschränkung.“ Dies sei vorliegend **nicht** beachtet worden.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Was sind die wahren Gründe für die wachstumsfeindliche Ablehnung durch Landesbehörden?
2. Teilt die Landesregierung die Sichten und Auffassungen der gemeinsamen Landesplanung?
3. Lässt sich der gemeindliche Bebauungsplan „Mühlenhof“ auch mit der abschlägigen Stellungnahme der gemeinsamen Landesplanungsabteilung realisieren?
4. Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde Schönwald um auch bei abschlägiger Beurteilung durch die gemeinsame Landesplanungsabteilung, die beabsichtigten, gesicherten und dringend benötigten Investitionen, im Rahmen des Bebauungsplanes „Mühlenhof“ zu realisieren?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, dass der Wille der Einwohner und Gemeindevertreter der Gemeinde Schönwald mit diesem Bebauungsplan umgesetzt werden kann? Welche Möglichkeiten haben Gemeinden, die nach dem derzeitigen LEP B-B keine Berücksichtigung als zentraler Ort gefunden haben, aus tatsächlichen Erwägungen aber ein solcher Ort sind?
6. Ist der Landesregierung bekannt, dass es sich bei der Gemeinde Schönwald um eine wachsende Gemeinde mit sehr vielen Kindern handelt und ab dem Schuljahr 2017/2018 bereits das Dorfgemeinschaftshaus vorübergehend als Schulgebäude genutzt werden muss?
7. Weshalb lässt es die Landesregierung zu, dass Gemeinden im ländlichen Raum in ihrer Entwicklung behindert werden?
8. Was unternimmt die Landesregierung um Landesbehörden darauf einzustimmen und letztendlich durchzusetzen, dass eine Wachstumspolitik im peripheren ländlichen Raum nicht behindert sondern gefördert und zugelassen wird ?